

DBB-Arbeitstagung in Köln:

Heesen kritisiert Föderalismusreform und Sparmaßnahmen bei den Beamten

Bundesinnenminister Schäuble zeigt sich kompromisslos

**Geschäftsstelle
München**

Morassistraße 2
D-80469 München

Verantwortlich
Jürgen Mume
Telefon 089.2195-3024
11.1.2006
Telefon 089.2157-8433
Telefax 089.2157-8433
post@vbgr.dbb.de
www.vbgr.dbb.de

Noch mehr als bisher zeigten auch die Medien durch Anwesenheit zahlreicher Fernsehkerateams und Journalisten ihr großes Interesse an der mit hochkarätigen Rednern (Dr. Rüttgers, Dr. Schäuble, Dr. Uhl, Dr. Stadler, Kurt Beck, Dr. Stegner und Dr. Westerwelle) bestückten Arbeitstagung des dbb. Der Vorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion, Peter Heesen, hat die Bundesregierung aufgefordert, die mit den Gewerkschaften vereinbarte Dienstrechtsreform nicht zu gefährden und Hindernisse dafür gemeinsam aus dem Weg zu räumen. In seiner Rede zum Auftakt der Arbeitstagung kritisierte Bundesvorsitzender Peter Heesen am 9. Januar im Beisein von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) das Regierungsprogramm mit den Worten: "Neue Probleme, wo Lösungen schon vorlagen, neue Auseinandersetzungen, wo doch Zusammenarbeit gefordert wäre." Heesen ließ keinen Zweifel daran, dass mit der Übertragung der Dienstrechtskompetenzen vom Bund an die Länder "eine der tragenden Geschäftsgrundlagen" für die mit Schäubles Amtsvorgänger Otto Schily (SPD) abgesprochene Reform entfalle. Ebenso wurden die geplanten Sparmaßnahmen wie die Verlängerung der Wochenarbeitszeit und die Kürzungsabsichten beim Weihnachtsgeld und die unterbliebenen Einmalzahlungen gegenüber dem Bundesinnenminister kritisiert. Heesen hob hervor, dass die Beamten die Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Abbau von steuerlichen Vergünstigungen genauso trafen, wie alle anderen Bürger und diese zusätzlichen Belastungen für die Beamten daher nicht hinnehmbar sind. Näheres siehe hierzu auf der Internetseite des DBB: http://www.dbb.de/html/25_3179_DEU_HTML.htm

Die Antwort des Innenministers hierzu ist ernüchternd: Schäuble beruft sich auf den Koalitionsvertrag, wonach die Gesamtausgaben der öffentlichen Verwaltung um eine Mrd Euro jährlich reduziert werden sollen, wobei die Beamten des Bundes 500 Mio tragen müssten. Dazu sei es die feste Absicht der Bundesregierung sei, die Wochenarbeitszeit zum 1. März 2006 auf 41 Stunden (siehe hierzu letztes VBGR-aktuell <http://www.vbgr.de/>) zu erhöhen (Personaleinsparung) und die Sonderzahlung der Beamten, Richter und Soldaten des Bundes auf 30% (jetzt 60%) zu reduzieren (ab 2006). Ein Entgegenkommen zeigte Schäuble lediglich, indem er verkündet hat, sich dafür einzusetzen, dass die Ergebnisse der Tarifrunde (jährliche Einmalzahlung von 300 Euro) für die Beamten übernommen werden sollen. Konkrete Zusagen hierzu machte er allerdings nicht. Insgesamt zeigte der Innenminister eine Arroganz und Ignoranz gegenüber den Beamten, wie ich sie bei noch keinem Innenminister auf einer solchen Arbeitstagung des DBB bisher jemals erlebt habe. Es ist mir und den Teilnehmern klar geworden, dass die von Schäuble angekündigten Einschnitte ohne wenn und aber umgesetzt werden. Eventuelle Hoffnungen

auf Abmilderung wurden von Schäuble enttäuscht. Ein solches Verhalten kann sich offenbar nur eine große Koalition leisten, die keine ernst zu nehmende Opposition fürchten muss.

Der DBB hat ganz deutlich darauf hingewiesen, dass die Regierungen das Streikverbot der Beamten durch ihr Verhalten in Frage stellen, wenn sie sich weiter aus der Fürsorgepflicht des Dienstherrn, seine Beamten angemessen zu besolden, verabschieden. Wenn die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Beamten noch weiter verschlechtert werden, dann werden sich zukünftig keine Bürger mehr finden, die diesen Beruf ergreifen wollen. Die Politik und die Bürger müssen sich dann darüber klar werden, ob sie einen solchen Staat wollen, der seine Dienstleistungen nicht mehr dauerhaft und sicher für alle Bürger zur Verfügung stellt.

Die berechtigte Kritik des DBB an der Absicht, die Kompetenz in Beamtenrechtsangelegenheiten auf die Länder zu verlagern (dann gibt es u.U. 17 verschiedene Dienstrechte in Deutschland), hat im politischen Lager zwar bereits Unterstützung gefunden, wie die Vorträge des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, des Innenministers von Schleswig-Holstein, Dr. Ralf Stegner, und des Bundesvorsitzenden der FDP, Dr. Guido Westerwelle, eindrucksvoll gezeigt haben, dennoch gehen wir davon aus, dass die Föderalismusreform demnächst verabschiedet wird.

Es zeigt sich, wie wichtig es ist, dass der DBB nicht nur in zahlreichen Einzelgesprächen mit den Politikern seine Auffassung vertritt, sondern dass gerade auch durch solche Veranstaltungen öffentlich auf die Probleme hingewiesen wird und die nicht gerechtfertigten Maßnahmen der Regierungen medienwirksam kritisiert werden. Anders läßt sich auf Dauer nichts bewegen.